

No. 35108

**Germany
and
Austria**

Exchange of letters between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Austria concerning exchange of information and experience on radiation safety (with annexes). Bonn, 1 July 1993 and 3 August 1993

Entry into force: *1 December 1994, in accordance with the provisions of the said letters*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 10 September 1998*

**Allemagne
et
Autriche**

Echange de lettres entre le Gouvernement de la République d'Allemagne et le Gouvernement de la République d'Autriche relatif à l'échange d'information et d'expériences en matière de protection contre les radiations (avec annexes). Bonn, 1 juillet 1993 et 3 août 1993

Entrée en vigueur : *1er décembre 1994, conformément aux dispositions desdites lettres*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 10 septembre 1998*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

I

II

Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, den 1. Juli 1993

Der Österreichische Botschafter

Bonn, am 3. August 1993

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz vorzuschlagen:

Die Bestimmungen des Abkommens vom 3. Mai 1988 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Österreich über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes werden nunmehr in der den veränderten Umständen angepaßten Fassung für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland angewandt. Der Wortlaut der jetzt geltenden Fassung ist als Anlage beigefügt.

Falls sich die Regierung der Republik Österreich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft tritt, in dem die beiden Regierungen einander auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der Republik Österreich
Dr. Friedrich Hoess
Bonn

Herr Minister,

Ich beehre mich, im Namen der Regierung der Republik Österreich den Empfang Ihrer Note vom 1. Juli 1993 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Regierung der Republik Österreich diesem Vorschlag zustimmt, und daß die Note Eurer Exzellenz und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bilden, welche am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft tritt, in dem die beiden Regierungen einander auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Die Regierung der Republik Österreich geht davon aus, daß dieses Abkommen als Grundlage für die Weiterentwicklung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten anzusehen ist.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hoess

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Klaus Kinkel
Bonn

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Österreich
über Informations- und Erfahrungsaustausch
auf dem Gebiet des Strahlenschutzes

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Österreich sind –

in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich auf der Grundlage der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiter zu vertiefen,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit durch Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes für den Schutz der in Strahlenschutzbereichen tätigen Personen, der Bevölkerung und der Umwelt vor Strahlengefahren von Bedeutung ist,

unter Berücksichtigung des Übereinkommens vom 26. September 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen, insbesondere seines Artikels 9, und der bewährten Prinzipien der Zusammenarbeit in der Internationalen Atomenergie-Organisation –

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen wird angewendet auf nukleare Anlagen und Tätigkeiten, wie sie im Artikel 1 des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen aufgeführt sind.

Artikel 2

(1) Die beiden Vertragsparteien konsultieren einander einmal im Jahr und bei besonderen Anlässen über die allgemeine Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, insbesondere über Methoden und Ergebnisse der Strahlenschutzüberwachung der in Strahlenschutzbereichen tätigen Personen, der Bevölkerung und der Umwelt.

(2) Die beiden Vertragsparteien informieren einander über ihre Kernreaktoren sowie über ihre Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Artikel 3

(1) Die beiden Vertragsparteien benachrichtigen einander unverzüglich auf direktem Wege über nukleare Unfälle in Kernanlagen oder bei sonstigen Tätigkeiten, die durch Freisetzung radioaktiver Stoffe das Hoheitsgebiet des anderen Staates beeinflussen können.

(2) Die beiden Vertragsparteien benachrichtigen einander über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet, die nicht auf einem nuklearen Unfall in einer Kernanlage oder bei einer sonstigen Tätigkeit auf diesem Hoheitsgebiet zurückzuführen sind.

Artikel 4

Der Inhalt der gemäß Artikel 2 geführten Konsultationen und übermittelten Informationen kann ohne Einschränkung genutzt werden, es sei denn, er wurde von einer Seite als vertraulich erklärt. Die Weitergabe vertraulicher Informationen an Dritte darf nur in gegenseitigem Einverständnis erfolgen.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

(2) Änderungen und Ergänzungen des vorliegenden Abkommens sind zwischen den Vertragsparteien zu vereinbaren und bedürfen der Schriftform. Änderungen der in der Anlage genannten Kontaktstellen werden der anderen Vertragspartei schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt.

(3) Die beiliegende Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens.

(4) Dieses Abkommen wird für unbegrenzte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; in einem solchen Fall verliert es nach sechs Monaten, vom Tage des Eingangs der Kündigung, seine Gültigkeit.

**Anlage
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Österreich
über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes**

- 1. Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens:**
 - 1.1** Informationen über in Betrieb befindliche und geplante Kernreaktoren sowie Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle umfassen folgende Angaben, um eine Beurteilung der Auswirkungen eines nuklearen Unfalls in einer solchen Anlage für das Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates zu erlauben:
 - Name der Anlage,
 - Standort und Adresse,
 - Eigentümer,
 - Betreiber,
 - Zweck,
 - Hauptparameter der Anlage,
 - Gegenwärtiger Status,
 - Betriebsweise,
 - Beschreibung des Standortes,
 - Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle und bestrahlter Kernbrennstoffe.
 - 1.2** Für Kernreaktoren werden insbesondere folgende Hauptparameter angegeben:
 - Reaktortyp,
 - Leistung,
 - Spaltzone (z.B. Geometrie, Brennstoff, Beladung, Anreicherung, Abbrand, Leistungsdichte),
 - Reaktorgefäß,
 - Kühlmittel und Kühlkreisläufe (primär und sekundär),
 - Dampferzeuger,
 - zulässige Abgabe radioaktiver Stoffe in die Umwelt,
 - Art des Sicherheitsschlusses,
 - Sicherheitssysteme.
 - 1.3** Informationen über geplante Kernreaktoren sowie Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und die Endlagerung radioaktiver Abfälle werden nach der Erteilung der staatlichen Genehmigung zur Errichtung gegeben.
 - 1.4** Über die Inbetriebnahme wird spätestens sechs Monate vor
- 2. Zu Artikel 3 Absatz 1 des Abkommens:**

Die Benachrichtigung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Artikels 5 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen.
- 3. Zu Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens:**

Die Benachrichtigung über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität umfaßt die Aufgabe, soweit verfügbar,

 - der Aktivität und Dosisleistung,
 - der Radionuklide,
 - des Meßortes,
 - des Meßzeitpunktes,
 - der meteorologischen Bedingungen zum Zeitpunkt der Messung.
- 4. Die Übermittlung der Information gemäß Artikel 2 erfolgt, sofern sie nicht im Rahmen der Konsultationen gegeben werden,**
 - seitens der Bundesrepublik Deutschland an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich,
 - seitens der Republik Österreich an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland.
- 5. Die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 3 erfolgt**
 - seitens der Bundesrepublik Deutschland an die Bundeswarnzentrale des Bundesministeriums für Inneres der Republik Österreich
Telefon: Wien 5 35 63 63
Telex: 114095 minn a
Telefax: 5 35 63 64
 - seitens der Republik Österreich an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über das Lagezentrum des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland
Telefon: Bonn 6 81-39 91
Telex: 886896

[TRANSLATION - TRADUCTION]

I

FEDERAL MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

Bonn, 1 July 1993

Sir,

I have the honour, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, to propose the following agreement on matters of common interest relating to nuclear energy safety and radiation protection:

The provisions of the Agreement of 3 May 1988 between the Government of the German Democratic Republic and the Government of the Republic of Austria on the exchange of information and experience in the field of radiation protection¹ shall henceforth apply to the whole territory of the Federal Republic of Germany in an amended text appropriate to the changed circumstances. The wording of the text that would now apply is enclosed as an annex.

If the Government of the Republic of Austria agrees to this proposal, this note and your note in reply expressing the concurrence of your Government shall constitute an agreement between our two Governments, which shall enter into force on the first day of the third month following the month in which both Governments have notified each other through the diplomatic channel that their respective domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

Accept, Sir, etc.

[KINKEL]

His Excellency
The Ambassador of the Republic of Austria
Dr. Friedrich Hoess
Bonn

1. United Nations, *Treaty Series*, vol. 1530, No. I-26542.

II
THE AUSTRIAN AMBASSADOR

Bonn, 3 August 1993

Sir,

I have the honour, on behalf of the Government of the Republic of Austria, to acknowledge receipt of your note of 1 July 1993, which reads as follows:

[See note I]

I have the honour to confirm that the Government of the Republic of Austria agrees to this proposal, and that your note and this note in reply shall form an agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Federal Republic of Germany, which shall enter into force on the first day of the third month following the month in which both Governments have notified each other through the diplomatic channel that the respective domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

The Government of the Republic of Austria assumes that this Agreement shall be considered as a basis for the further development of bilateral cooperation between our two States.

Accept, Sir, etc.

[HOESS]

His Excellency
The Federal Minister for Foreign Affairs
Dr. Klaus Kinkel
Bonn

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF AUSTRIA ON THE EXCHANGE OF INFORMATION
AND EXPERIENCE IN THE FIELD OF RADIATION PROTECTION

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Austria,

Desiring to strengthen further, on the basis of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, the relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria,

Convinced of the importance of cooperation through the exchange of information and experience in the field of radiation protection for the protection of persons employed in radiation protection areas, the population and the environment against the dangers of radiation,

Taking into account the Convention on Early Notification of a Nuclear Accident of 26 September 1986,¹ in particular article 9 thereof, and the established principles of cooperation within the International Atomic Energy Agency,

Have agreed as follows:

Article 1

This Agreement shall apply to nuclear facilities and activities as listed in article 1 of the Convention on Early Notification of a Nuclear Accident.

Article 2

1. The two Contracting Parties shall consult each other once a year and on special occasions regarding the general development of the peaceful uses of nuclear energy, in particular regarding the methods and results of radiation monitoring of persons employed in radiation protection areas, the population and the environment.

2. The two Contracting Parties shall provide each other with information concerning their nuclear reactors and their facilities for spent nuclear fuel and radioactive waste disposal.

Article 3

1. The two Contracting Parties shall notify each other, promptly and by the most direct means, of accidents which occur at nuclear facilities or in the context of other activities and which, owing to the release of radioactive substances, could affect the territory of the other State.

1. United Nations, *Treaty Series*, vol. 1439, No. 1-24404.

2. The two Contracting Parties shall notify each other of any unusually high levels of radioactivity in their respective territories which cannot be attributed to an accident at a nuclear facility or in the context of any other activity in the said territories.

Article 4

The content of the consultations held and the information exchanged in accordance with article 2 above may be used without restriction unless designated as confidential by either Party. Confidential information may be disclosed to a third party only by mutual agreement.

Article 5

1. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the two Contracting Parties have notified each other in writing through the diplomatic channel that their respective domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

2. Amendments and additions to this Agreement shall be agreed upon by the two Contracting Parties, and must be in written form. Changes in the contact points referred to in the annex shall be communicated to the other Party in writing through the diplomatic channel.

3. The annex attached shall form an integral part of this Agreement.

4. This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Contracting Party in writing through the diplomatic channel; in such case, it shall cease to have effect six months after the date of receipt of the denunciation.

ANNEX TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF AUSTRIA ON THE EXCHANGE OF INFORMATION AND
EXPERIENCE IN THE FIELD OF RADIATION PROTECTION.

1. Ad article 2, paragraph 2, of the Agreement

1.1 Information concerning operational and planned nuclear reactors, as well as facilities for spent fuel and for radioactive waste disposal, shall, so as to allow an assessment to be made of the consequences of a nuclear accident at such a facility for the territory of the other State, include the following data:

Name of the facility;

Location and address;

Owner;

Operator;

Purpose;

Main parameters of the facility;

Current status;

Operating mode;

Description of site;

Treatment and storage of radioactive waste and spent fuel.

1.2 For nuclear reactors, the following main parameters shall be specified:

Reactor type;

Reactor output;

Reactor core (e.g., geometry, fuel, fuel charging, fuel enrichment, burnup, power density);

Reactor vessel;

Coolant and coolant loops (primary and secondary);

Boiler;

Permissible release of radioactive substances into the environment;

Type of containment;

Safety systems.

1.3 Information concerning planned nuclear reactors and facilities for spent fuel and for radioactive waste disposal shall be provided following the granting of permission for their construction by the State concerned.

1.4 Notification of commissioning shall be given no later than six months prior to the date of the commissioning.

2. Ad article 3, paragraph 1, of the Agreement

Notification shall be provided in accordance with the provisions of article 5, paragraphs 1 and 2, of the Convention on the Early Notification of a Nuclear Accident.

3. Ad article 3, paragraph 2, of the Agreement

Notification of unusually high levels of radioactivity shall include information where available, on:

The activity and the dose rate;

The radionuclide;

The measuring position;

The time of measurement;

The meteorological conditions at the time of measurement.

4. Information under article 2 shall, when not communicated in the course of consultations, be transmitted:

By the Federal Republic of Germany:

To the Federal Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Austria;

By the Republic of Austria:

To the Federal Ministry for Environment, Nature Conservation and Reactor Safety of the Federal Republic of Germany.

5. Information under article 3 shall be transmitted:

By the Federal Republic of Germany:

To the Federal Alert Centre of the Federal Ministry of the Interior of the Republic of Austria

Telephone: Vienna 5 35 63 63

Telex: 114095 minn a

Telefax: 5 35 63 64;

By the Republic of Austria:

To the Federal Ministry for Environment, Nature Conservation and Reactor Safety of the Federal Republic of Germany, through the Operations Centre of the Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany

Telephone: Bonn 6 81-39 91

Telex: 886896

Telefax: 6 81-46 65.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

I

LE MINISTRE FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Bonn, le 1er juillet 1993

Monsieur l'Ambassadeur,

Au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, j'ai l'honneur de vous proposer l'Arrangement suivant sur les questions présentant un intérêt commun en matière de sécurité nucléaire et de protection contre les radiations.

Les dispositions de l'Accord concernant l'échange d'information et de l'expérience acquise dans le domaine de la protection contre les rayonnements conclu le 3 mai 1988 entre le Gouvernement de la République démocratique allemande et le Gouvernement de la République d'Autriche¹ seront dorénavant appliquées sur l'ensemble du territoire de la République fédérale d'Allemagne dans la version adaptée au contexte modifié.

Si cette proposition est agréable au Gouvernement de la République d'Autriche, je propose que la présente note et votre réponse indiquant le consentement de votre Gouvernement constituent un Accord entre nos deux Gouvernements, qui prendra effet le premier jour du troisième mois qui suit celui au cours duquel les deux Gouvernements se sont informés par la voie diplomatique que leurs formalités nationales requises pour l'entrée en vigueur sont remplies.

Veillez agréer, etc.

[KINKEL]

Monsieur l'Ambassadeur de la République d'Autriche
M. Friedrich Hoess
Bonn

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1530, no I-26542.

II
L'AMBASSADEUR D'AUTRICHE

Bonn, le 3 août 1993

Monsieur le Ministre,

Au nom du Gouvernement de la République d'Autriche, j'ai l'honneur de confirmer la réception de votre note du 1er juillet 1993, dont le contenu est le suivant :

[Voir lettre I]

Il m'est agréable de vous confirmer que le Gouvernement de la République d'Autriche donne son accord à cette proposition et que votre note et la présente réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, qui entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suit celui au cours duquel les deux Gouvernements se sont informés par la voie diplomatique que leurs formalités nationales requises pour l'entrée en vigueur sont remplies.

Le Gouvernement de la République d'Autriche part du principe que le présent Accord pose les fondements de l'élargissement de la coopération bilatérale entre nos deux États.

Veuillez agréer, etc.

[HOESS]

Monsieur le Ministre fédéral des Affaires étrangères
M. Klaus Kinkel
Bonn

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE
CONCERNANT L'ÉCHANGE D'INFORMATION ET DE L'EXPÉRIENCE
ACQUISE DANS LE DOMAINE DE LA PROTECTION CONTRE LES
RAYONNEMENTS

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République d'Autriche,

Souhaitant approfondir encore les relations entre leurs deux pays en se fondant sur l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe,

Convaincus que la coopération reposant sur l'échange de renseignements et d'acquis de l'expérience dans le domaine de la protection radiologique est utile pour protéger les personnes travaillant sous rayonnement, la population et l'environnement contre les dangers radiologiques,

Considérant la Convention du 26 septembre 1986 sur la notification rapide d'un accident nucléaire¹, et particulièrement son Article 9, ainsi que les principes établis de coopération dans le cadre de l'Agence internationale de l'énergie atomique,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le présent Accord est appliqué aux installations et aux activités nucléaires visées à l'article premier de la Convention sur la notification rapide d'un accident nucléaire.

Article 2

1) Les deux Parties contractantes se consultent une fois par an et dans des occasions particulières au sujet du développement général des applications pacifiques de l'énergie nucléaire, en particulier au sujet des principes fondamentaux de la protection radiologique et des méthodes et résultats de la surveillance radiologique à laquelle sont soumis les individus, la population et l'environnement.

2) Les deux Parties contractantes échangent mutuellement des informations sur leurs réacteurs nucléaires ainsi que sur leurs installations de combustible épuisé et sur leur stockage final de déchets radioactifs.

Article 3

1) Les deux Parties contractantes s'informent sans délai, par la voie directe, des accidents nucléaires survenus dans des installations nucléaires ou de toute autre activité qui peut avoir des répercussions sur le territoire de l'autre Partie contractante en raison de la libération de substances radioactives.

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1439, no I-24404.

2) Chacune des Parties contractantes informe l'autre s'il se produit sur son territoire une élévation inhabituelle de la radioactivité qui n'est pas imputable à un accident nucléaire survenu dans une installation nucléaire, ni à une autre activité sur son territoire.

Article 4

La teneur des consultations effectuées et des informations communiquées conformément aux dispositions de l'article 2 du présent Accord peut être utilisée sans limitation, à moins que l'une des Parties contractantes ne l'ait déclarée confidentielle. Les informations confidentielles ne peuvent être communiquées à des tiers qu'avec le consentement de l'autre Partie contractante.

Article 5

1) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui au cours duquel les deux Parties contractantes se seront informées par écrit, par la voie diplomatique, que les procédures internes requises pour son entrée en vigueur ont été accomplies.

2) Le présent Accord peut être modifié et complété par un arrangement écrit entre les deux Parties contractantes. Les modifications relatives aux bureaux de liaison de chacune des Parties contractantes, énumérés dans l'annexe au présent Accord, doivent être communiquées à l'autre Partie contractante par écrit, par la voie diplomatique.

3) L'annexe jointe fait partie intégrante du présent Accord.

4) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé à tout moment par chacune des Parties contractantes, par notification écrite communiquée à l'autre Partie par la voie diplomatique, avec un préavis de six mois.

ANNEXE À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE CONCERNANT L'ÉCHANGE D'INFORMATION ET DE
L'EXPÉRIENCE ACQUISE DANS LE DOMAINE DE LA PROTECTION
CONTRE LES RAYONNEMENTS

1. En ce qui concerne le paragraphe 2 de l'article 2 de l'Accord :

1.1 Les renseignements relatifs aux réacteurs nucléaires en service ou prévus, ainsi qu'aux installations de combustible épuisé et aux installations de stockage de déchets radioactifs, doivent comprendre les informations ci-après afin de permettre d'évaluer les effets qu'un accident nucléaire survenant dans une telle installation pourrait avoir sur le territoire de chacun des États :

Désignation de l'installation;

Lieu et adresse;

Propriétaire;

Exploitant;

Fins de l'exploitation;

Principaux paramètres de l'installation;

Etat actuel;

Mode d'exploitation;

Description du lieu;

Traitement et stockage des déchets radioactifs et du combustible épuisé.

1.2 Les principaux paramètres ci-après seront fournis au sujet des réacteurs nucléaires :

Type de réacteur;

Puissance;

Paramètres de combustion (par exemple : configuration, combustible, charge, enrichissement, degré d'épuisement, couche fertile);

Cuve du réacteur;

Fluide et circuit de refroidissement (primaire et secondaire);

Générateur de vapeur;

Emissions radioactives admissibles dans l'environnement;

Type d'enceinte de sécurité;

Système de sécurité.

1.3 Des renseignements sur les réacteurs nucléaires prévus, ainsi que sur les installations de combustible épuisé et le stockage final des déchets radioactifs sont communiqués lorsque l'autorisation de construction a été donnée par l'État.

1.4 L'entrée en service est annoncée au moins six mois avant la date réelle prévue.

2. En ce qui concerne le paragraphe 1 de l'article 3 de l'Accord :

L'accident est signalé conformément aux dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'article 5 de la Convention sur la notification rapide d'un accident nucléaire.

3. En ce qui concerne le paragraphe 2 de l'article 3 de l'Accord :

Les renseignements communiqués en cas d'élévation inhabituelle de la radioactivité doivent indiquer, notamment,

L'activité et le niveau de dose;

Les radio nucléides;

Les lieux où sont effectuées les mesures;

La date des mesures;

Les conditions météorologiques au moment de la mesure.

4. Les renseignements communiqués conformément aux dispositions de l'article 2 de l'Accord, s'ils ne le sont pas dans le cadre de consultations, le sont :

Par la République fédérale d'Allemagne :

Au Ministère fédéral des Affaires étrangères de la République d'Autriche;

Par la République d'Autriche :

Au Ministère fédéral pour l'Environnement, la Protection de la nature et la Sécurité nucléaire de la République fédérale d'Allemagne.

5. Les renseignements communiqués conformément aux dispositions de l'article 3 le sont :

Par la République fédérale d'Allemagne :

Au Centre fédéral d'alerte du Ministère fédéral de l'Intérieur de la République d'Autriche

Numéro de téléphone : Vienne 5 35 63 63

Numéro de téléscripneur : 114095 minn a

Numéro de télécopieur : 535 63 64

Par la République d'Autriche :

Au Ministère fédéral pour l'Environnement, la Protection de la nature et la Sécurité nucléaire par l'intermédiaire du Service d'études conjoncturelles du Ministère fédéral de l'Intérieur de la République fédérale d'Allemagne

Numéro de téléphone : Bonn 6 81 - 39 91

Numéro de téléscripneur : 886896

Numéro de télécopieur : 6 81- 46 65.